

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

N^o 173.

Freitag den 22. Juni.

1855.

Bekanntmachung.

Nachdem der Bau in den Baderäumen des Jacobshospitals beendigt ist, können die Bäder daselbst wieder ungehindert benutzt werden.

Leipzig, den 19. Juni 1855.

Des Rathes der Stadt Leipzig Deputation zum Jacobshospitale.

Landtagsmittheilungen.

36. Sitzung der ersten Kammer am 20. Juni.

Die erste Kammer hat heute das allerhöchste Decret, die Erhebung der Brandversicherungsbeiträge im Jahre 1854 und die Fixation dieser Beiträge für die Jahre 1855—1857 betreffend (auf den Betrag von 12 Mgr. 8 Pf. von je 100 Thlr. der Versicherungssumme jährlich) erledigt und ist den die Regierungsvorlage genehmigenden Beschlüssen der zweiten Kammer beigetreten. Ein von dem Abg. v. Polenz gestellter und vom Abg. Bürgermeister Koch bevorworteter Antrag, die Immobilial-Brandversicherungsanstalt als Staatsinstitut ganz aufzuheben und unter gewissen polizeilichen Anordnungen und Bedingungen das Versicherungswesen Privatanstalten zu überlassen, wurde abgelehnt. Die Petitionen der Städte Wurzen, Grimma, Freiberg, Schneeberg und Dresden, so weit darin Herabsetzung der Brandcassenbeiträge gewünscht worden, ließ man auf sich beruhen; dagegen wurde die Petition der Stadt Dresden, insofern sie auf Einführung eines Classificationssystems gerichtet, an die Regierung „zur Erwägung“ abzugeben beschlossen.

Für das Bad Eiter sind zu Herstellung der nöthigen Ein- und Vorrichtungen 33,000 Thlr. bewilligt worden. (Dr. J.)

Verhandlungen der Stadtverordneten

am 14. Juni 1855*.)

Nach dem Vortrage der zur Registrande eingegangenen Gegenstände verschiebt das Collegium zur Vorwahl der durch Stadtrath Wernarius' Ausscheiden erledigten Stadtrathsstelle auf Zeit. Von den anwesenden 46 stimmberechtigten Mitgliedern gingen eben so viele Stimmzettel ein. Es fielen auf

St.-B. Stöhrer	38	Stimmen.
„ Märtenz	20	„
„ Bieweg	16	„
„ Müller	10	„
Kfm. Pohlenz	6	„
Dr. E. Saublig	6	„
St.-B. Dr. Heine	5	„
„ Dr. Heyner	4	„
„ Mahler	2	„
„ Bieber	2	„
„ Häckel	1	Stimme.
„ Rörpel	1	„
„ Meißner	1	„
„ Hoffmann	1	„
„ Adv. Klein	1	„
„ Ersagmann Felsche	1	„
„ Schneider	1	„
„ Pösch	1	„

*) Eingegangen am 21. Juni.]

Die Red.

St.-B. Stöhrer bat, unter dankbarer Anerkennung des ihm durch diese Abstimmung kundgegebenen Vertrauens, in Hinblick auf seine Geschäftsverhältnisse bei der endgiltigen Wahl von seiner Person abzusehen. Einen gleichen Wunsch sprach Dr. Heine aus. Hierauf berichtete St.-B. Müller über folgende, vom Ausschusse zum Bau-, Oekonomie- und Forstwesen begutachtete Gegenstände:

a. die Reparaturen am ehemaligen Hauptsteuer-Amtsgebäude. Dieses Gebäude ist nach Verlegung des Hauptsteuer-Amts vermietet und dafür im Wege der Licitation 1508 Thlr. jährlicher Miethzins erlangt worden. Die Einrichtung und Bohnlichmachung, wozu der Administer 100 Thlr. beiträgt, hat einen Aufwand von 760 Thlr. 10 Gr. 3 Pf. verursacht, welcher einstimmig bewilligt wurde.

b. die Erbauung eines Pfortnerhauses am sogen. Leichenwege. Diese Anlage ist durch die Stadtumplanung bedingt. Die Kosten dafür sind auf 790 Thlr. 11 Gr. 9 Pf. veranschlagt. Die Bewilligung erfolgte ebenfalls einstimmig.

c. die Nachbewilligung von 274 Thlr. 20 Gr. 8 Pf. zu den Kosten der Erbauung der Schleuse in der Paathofgasse. Der Mehraufwand hat seinen Grund in den ungünstigen Witterungs- und Terrainverhältnissen, welche verschiedene Aenderungen des Bauplanes und damit zusammenhängende Verwendungen nöthig machten. Der Ausschuss empfahl, die Bewilligung auszusprechen. Dies geschah.

d. den Ankauf eines Arealstücks von der Söhliser Altgemeinde in der Nähe der Söhliser Mühle. Es handelt sich um ca. 100 □ Ruthen; der Kaufpreis beträgt 1 Thlr. 15 Gr. für die Ruthe. Der Kauf wurde einstimmig genehmigt. Eben so fand

e. die Verpachtung von 12 Acker 136 □ Ruth. vormalig Schimmel-scher Felder an den Oekonomiepächter Weigtländer von Oßern b. J. bis dahin 1860 um den Preis von 15 Thlr. für den Acker, jedoch ausschließlich der darauf haftenden Abgaben, die Zustimmung des Collegiums.

Hierauf beschloß das Collegium nach dem Gutachten des Marktausschusses (Berichterst. St.-B. Märtenz) und in Folge eines Antrags des St.-B. Willisch, den Rath um Erörterung einiger Ansätze im Tarif des sogen. Marktrechts zu ersuchen.

Endlich berichtete St.-B. Bering Namens des Finanzausschusses

über die Hundsteuer-Rechnung auf das Jahr 1854. Der Ausschuss empfahl deren Justification, welche vorläufig einstimmig ausgesprochen wurde.

Ein in dieser Rechnung vorkommender Anzatz ward jedoch, nach dem Antrage des St.-B. Bachhaus, näherer Erörterung vorbehalten.